

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Erchein
täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage für 20
nächstfolgenden Tag.
Bezugspreis:
Durch Boten frei ins Haus geliefert vierteljährlich Mark 2,85,
monatlich 95 Pfennig. Durch die Post bezogen vierteljährlich
Mark 2,85 ausschließlich Postgeld.
Einzeln Nummern 10 Pfennig.

zugleich
Oberlungwitzer Tageblatt
und
Bersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreise
Preis-Anzeigen die 5-gelapptene Korpuszeile 20 Pfennig, 10-gelapptene
10 Pfennig, die Reklamazeile 60 Pfennig. Beschränkt für
und lagernde Briefe 20 Pfennig besonders.
Bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachsch. Anzeigenaufgabe keine
Fernsprecher (schlechtes) jedes Verwehrt aus. Bei zwangswegiger
Einführung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall
gelangt der volle Betrag unter Wegfall jeden Nachlasses in Verrechnung.
Sämtliche Anzeigen erscheinen ohne Aufschlag im
Oberlungwitzer Tageblatt und im Bersdorfer Tageblatt.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf, Hermsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wilsenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf

Nr. 40. Heftnummer Nr. 151. Dienstag, den 18 Februar 1919. 46. Jahrgang

Margarine, 1 Person 50 Gramm = 23 Pfg. 1-1256 und 4001-4536, Krankenbutter: Schmidt.
Landbutter n. o. = 41 Pfg. 1401-2120: Beyer.

Neumärker: Dienstag Pferdefleisch, 1 Person 250 Gramm.
Verkaufsstelle: Breite Str. 19; Marke M. Nr. 1686-1755: 8-9, 1756-1825: 9-10, 1826-1895: 10-11, 1896-1965: 11-12, 1966-2035: 12-1, 2036-2069: 1-2.

Der Gesamtverband des Stadtverordnetenkollegiums
besteht im laufenden Jahre aus:
Herrn Krankenkassenpräsidenten **Giesler** als Vorsteher,
„ **Behrer** **Kankhanel** als stellv. Vorsteher,
„ **Bauzeichner** **Hösch** als Schriftführer und
„ **Leberhändler** **Stücker** als stellv. Schriftführer.
Hohenstein-Ernstthal, am 17. Februar 1919. Der Stadtrat.
Dem am 19. Mai 1900 zu Hohenstein-Ernstthal geborenen Arbeiter **Otto Alfred Hoppe** ist heute an Stelle seines verstorbenen Arbeiters ein neues ausgestellt worden.
Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 15. Februar 1919.

Eierverkauf.
Dienstag, den 18. Februar d. J. werden an die Haushaltungen in Ortsl.-Nr. 501-657 und Ortsl.-Nr. 1-180 Eier in nachstehender Reihenfolge abgegeben: Vorm. von 8-9 Uhr Ortsl.-Nr. 501-550, 9-10 Uhr Ortsl.-Nr. 551-600, 10-11 Uhr Ortsl.-Nr. 601-657 u. 1-20, 11-12 Uhr Ortsl.-Nr. 21-75, nachm. von 2-3 Uhr Ortsl.-Nr. 76-130 und 3-4 Uhr Ortsl.-Nr. 131-180.
Die Eierkarten sind vorzuliegen. Die Haushaltungen in Ortsl.-Nr. 501-657 erhalten Eier auf Abschnitt 18, die in Ortsl.-Nr. 1-180 auf Abschnitt 19 der Eierkarte. Jede Person erhält ein Ei zum Preise von 55 Pfg. Passend Geld ist mitzubringen. Abgeschüttelte Marken können nicht befreit werden.
Oberlungwitz, am 17. Februar 1919. Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Bersdorf.
(Unter Garantie der Gemeinde.)
Zinsfuß: 3% **Tätliche Verzinsung. Geschäftszeit Jeden Werktag 8-1 Uhr, Mittwochs** außerdem von 3-5 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 3. (Hauptstelle der Straßenbahn.)
Uebertragungen von Guthaben bei anderen Kassen erfolgen kostenlos und ohne Zinsenverlust. Buchgebühren werden nicht erhoben. Strengste Geheimhaltung.

Die Aussprache über die Reichsfinanzen in der Nationalversammlung.

Weimar, 15. Februar.
Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.
Ministerpräsident **Scheidemann** erklärt, die Reichsregierung sei bereit, die Interpellation Deing über den Waffenstillstand in den nächsten Tagen zu beantworten. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Reichsminister für das Reichsfinanzamt Dr. Schiffer:

Die Vorlage, die ich als erste der Nationalversammlung zu unterbreiten habe, sieht einen Kredit von 25 Milliarden 200 Millionen vor. Die 200 Millionen sollen für Bau- und Wohnungswesen dienen. Am 1. Oktober v. J. stand das Reich vor der Erschöpfung seiner Mittel. Es wurde deshalb eine vom Bundesrat angenommene Kreditverleihe über 15 Milliarden dem Reichstag überfandt. So kam die Revolution und der Entwurf wurde nicht mehr verabschiedet. Das Reich hat deshalb, dem es ist eine unheilvolle Person und als solche wechselfähig, der Reichsbank keine Wechsel an. Die homöopathische und gab auf Grund davon Banknoten aus. Neu gefordert werden deshalb eigentlich nur 10 Milliarden. Die Ausgaben, welche auf diese Kredite schon geleistet worden sind, bedürfen selbstverständlich Ihrer Zustimmung. Die materielle Seite der Frage wurde ich mit reichhaltiger Offenheit darlegen. Ich werde unsere Aarzen, ich werde unsere Wälder offen auslesen, ich werde handeln wie ein ehrlicher, aufständiger und reeller Kaufmann, der auch nichts weiter tut, als das er sagt, das habe ich, nun sehr zu, wie ich überhaupt weiter kommen kann. Allerdings werde ich auch nichts unterschreiben, was ich zu halten nicht in der Lage bin. Wenn Sie auf diese Weise arbeiten, so sehe ich darin das einzige Mittel, das wir haben, welches nun einmal gegen uns vorhanden ist, zu befehlen. Was aber unseren Gewinnern recht ist, das muß unterem Rechte gegenüber billig sein. Zwischen Reichs-

und Welt muß auch in finanzieller Beziehung Ehrlichkeit, Wahrheit und rückhaltloses Vertrauen herrschen. Deshalb werde ich mit unbedingter, offener, großzügiger Offenheit zu Ihnen sprechen. Ich will damit jenen schmerzhaften Optimismus prägen, der leider immer noch in weiten Schichten unseres Volkes herrscht, die sich offenbar noch nicht vollständig klar sind über die Bedeutung und über die Schwierigkeit der Lage. Die Summe aller Anleihen, die uns bewilligt werden sind, beträgt mehr als 140 Milliarden. Hierin treten an Staatsanleihen 6 Milliarden. Zusammen betrug der Anleihenbetrag, der uns im Oktober zur Verfügung stand, 146 Milliarden. Diese Kredite sind häufig gemacht worden durch Kriegsanleihen im Betrage von beinahe 93 Milliarden und durch Anleihen-Vergründungen von 53 Milliarden. Außerdem und das ist ein Punkt von ganz besonderer Höhe und schwerwiegender Bedeutung, haben wir ausgeben Schatzanweisungen und Reichsdiesel in dem unheimlichen Betrage von über 58 Milliarden. Dann haben wir die bewilligten Kredite um 5 Milliarden überschritten. Dazu treten noch Kredite an unsere Bundesgenossen und von Neutralen im Betrage von 9,3 Milliarden. Wir erhalten damit eine Gesamtsumme von 161 Milliarden und hätten danach die uns bewilligten Kredite um 14 Milliarden überschritten. Diese Ausgaben stellen ohne Rücksicht auf die Verzinsung die effektiven Kriegskosten dar. Die Ausgaben und in den Kriegsjahren beinahe regelmäßig anwachsen. Wir verbrauchten 1914 (in 5 Monaten) 7,5 Milliarden, 1915 23 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,6 Milliarden und 1918 48,5 Milliarden. Die Methode unserer Kriegsanleiherung hatte ich mindestens nicht für tadellos. Man hatte an einen kurzen Krieg gedacht, und als er sachlich und zeitlich uns über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir dem nicht gewachsen waren. Es sind damals Unsummen verschleudert und dadurch Leute herbeigeholt worden, die auch moralisch sehr anfechtbar waren. (Beifällige Zustimmung.) Ich kann das Reich von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß durch die mangelhafte Finanzgebarung diesen Strömungen Vorschub geleistet wurde. Als diesen Moment kam, damals das Hindenburg-Programm, das ich natürlich nicht kritisieren

will, wirtschaftlich betrachtet, war es aber ein Programm der Verzweiflung und hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die Hoffnung auf ein Zucken der Ausgaben nach Kriegsende hat sich nicht verwirklicht. Es kam zu den vielen, durchaus unbedachten Zirkeln, welche die produktive Arbeit hinderten, ein taubstümmiger Weltlauf um die höchsten Höhen. Das wirkte natürlich zurück auf die Kosten der Demobilisierung. Sie ist jetzt zum größten Teil durchgeführt. Von dem Acht-Millionen-Heer standen Ende 1918 nur noch 3 Millionen unter den Waffen, Ende vorigen Monats nur noch 1 Million. Die Demobilisierung aber erforderte weit höhere Kosten, als veranschlagt waren. Dazu kommen die gewaltig gestiegenen Ausgaben für die Erhöhung der Löhne, für den Grenzschutz, für den Reichsanteil an der Gewerbesteuerumlage, der von 12 Millionen im Dezember 1918 auf 67 Millionen im Februar 1919 stieg, für die Kriegswohlfahrtspflege und für die gesamten Feuerungsanlagen. Zu den Ausgaben trugen auch die Arbeiter- und Soldatenräte bei. Viele Arbeiter- und Soldatenräte haben aber auch ihre finanzielle Pflicht gegenüber dem Reich in vollem Umfange erfüllt. Das muß der Gerechtigkeit halber festgestellt werden. Viele aber haben sie nicht erfüllt. Wir haben die Ausgaben im großen Maße durch Anleihen gedeckt. Wir sind alle damals unter dem Banner einer einmal herrschenden Anschauung, die sich aber hinterher als unrichtig erwies hat. Wir glaubten eben, daß zum Kriegsende nur Geld geholt, was ja ganz falsch ist, denn wir haben mit Anleihen geschuftet, nur die Zinsen haben wir durch Steuern zu decken gesucht. In der nächsten Zeit hoffen wir nun doch mit einer erheblichen Herabminderung der Ausgaben rechnen zu können. Erforderlich ist aber unter allen Umständen, daß wir sparsam wirtschaften. Die grundsätzliche Anschauung, daß es bei der ungeheuren Höhe der Kriegsausgaben auf eine Million mehr oder weniger nicht ankomme, muß schwinden. Alle die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben ist nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von 19 Milliarden, gegenüber früher 5 Milliarden, erforderlich. Davon, daß die Kriegsausgaben beibehalten werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme nicht denkt. Aus der Verwertung der Staatsbestände werden wir freilich nicht 8 Milliarden, sondern höchstens 3 Milliarden herauskriegen, denn dieses Staatsgut ist zum Teil gestohlen, gerammt, geplündert worden. Wir werden also darauf angewiesen sein, Deutung für unsere Ausgaben und für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuern vorzunehmen. Für diese Steuererhebung werde ich mich von folgenden drei Gesichtspunkten leiten lassen, die Steuererhebung möglichst im Einklang mit allen Gliedern des Reiches vorzunehmen. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß das Steuerwesen sich im engsten Einklang mit dem Wirtschaftsleben abspielen muß. Drittens soll die Steuererhebung eine soziale sein. Vor allen Dingen sollen diejenigen, die wegen Krankheit, wegen Alters nicht mehr erwerbsfähig sind, unter allen Umständen geschont werden. Dann noch ein Wort über das unkaufende Papiergeld. Gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden im Jahre 1914 haben wir jetzt einen von 34 Milliarden 132 Millionen, umgerechnet das von den Kommunen ausgegebene Papiergeld. Ist es denn nun überhaupt möglich, daß wir dieser finanziellen Räte jemals Herr werden? Eine vollständige Antwort kann darüber niemand abgeben. Das hängt ab von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und von unserem eigenen Verhalten. Es bedarf vor allem einer ständigen Erneuerung. Ich bin entschlossen, alle Machtmittel gegen diejenigen anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich werde den Betrag gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen betrafen. Ich glaube an den gesunden Kern unseres Volkes, ich glaube an die geschichtliche Sendung, und ich glaube an den Verstand dieser vom gesamten Volke gewählten Nationalversammlung, voranzugehen auf dem Wege des Rechts und auf finanziellen Gebiete. Ich bin davon durchdrungen, daß sich dieser Staube nicht für-

sen wird, sonst hätte ich nicht das Recht und die Kraft, die Forderungen an Sie zu richten, welche ich heute an Sie richte und die ich in noch höherem Maße später an Sie richten muß. (Beifall und Gendarmen im Saal und auf den Tribünen.)
Hr. Dr. Schiffer (nachh. Zsg.): Die Soldatenräte werden solange bestehen, wie wir ein Heer haben. Die Arbeiterräte sind keine vorübergehende Erscheinung. Beispiele in anderen Ländern beweisen das. Sie werden für die Vorbereitung der Sozialisierung wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Redner polemisiert dann gegen die Regierung, die er politisch und moralisch als für die Befreiung Deutschlands und des Völkergutes verantwortlich bezeichnet. Gleichwohl werde bald hier erscheinen und dann seine Sache selbst führen. Das gesamte, in den Geheimarchiven vorhandene Material muß sofort und lückenlos veröffentlicht werden. Der schlagbringendsten Bevölkerung muß die Möglichkeit gegeben werden, durch unbeeinflusste Abstimmung zu entscheiden, zu welchem Staate sie gehören will. Es wäre ein Unglück, wenn die Entente diese Forderung ablehnen würde, denn es würde die Revanche-Liste, die bis dahin in Frankreich zu Hause war, nach Deutschland übertragen. Mit den Polen müssen wir durch Verhandlungen zu einem Ausgleich zu kommen suchen. Für die Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich treten auch wir ein. Kolonien brauchen wir nicht. Mit dem ganzen Staube sind wir einig in der Forderung, daß unsere Kriegsausgaben schnell entlastet werden.
Reichsminister **Wolfe**: Das Reichswehrministerium ist mir übertragen worden, nachdem die Reichswehr endgültig zusammengebrochen ist. Wenn jetzt noch viele ehemalige Soldaten die Uniform tragen, so gibt das von der deutschen Wehrmacht ein durchaus falsches Bild. Mit großer Dankbarkeit denken wir heute noch der Opfer, welche unsere Krieger im Felde gebracht haben. Das für die Kriegshinterbliebenen in jedem nur möglichen Umfange gesorgt wird, ist selbstverständlich. Das Wehrministerium hat beschlossen, das Eiserne Kreuz und die rote Kreuz-Medaille weiter zu verleihen, besonders auch an die zurückkehrenden Gefangenen. Höchste Anerkennung verdienen die Offiziere, Beamten und Soldaten, die unter größten Schwierigkeiten den Rückmarsch unserer Truppen ermöglicht haben. Ich habe seit der Revolution mit vielen Offizieren zusammen gearbeitet und möchte mich vor mir selber schämen, wenn ich nicht sagen würde, daß diese Männer mit einem außerordentlichen Maß von Selbstüberwindung für das deutsche Volk hervorragendes geleistet haben. Unser wertvollster Bestand an Wehrmacht sind heute die Verbände der Freiwilligen. Wir sollen den Männern Dank, die deutsches Land schützen und die Ergründungen der Freiheit verteidigen. Wo die neue Freiheit von einer Minderheit bedroht wird, wird die Regierung der Volksmehrheit zu ihrem Rechte verhelfen. Sie bedauert es, wenn dabei Gewalt angewendet werden muß, aber die Verantwortung dafür trifft nicht die Regierung.
Gegen den politischen Imperialismus ist deutsche Ehre zu verteidigen. Wir bedauern, daß wir für den Grenzschutz nicht mehr tun konnten. In Polen liegen große Mengen von Nahrungsmitteln für Mitteldeutschland, und es ist nicht abzusehen, wie wir über die schweren Zeiten hinwegkommen sollen, wenn die Nahrungsmittel, zu deren Vierterung die polnischen Gutbesitzer verpflichtet sind, uns nicht zugeführt werden. Daher der Grenzschutz. Diesen Grenzschutz haben nur deutsche Soldatenräte zu stützen gesucht. (Zehr auf! bei den unabhängigen Sozialdemokraten.) Also, wenn Mittel angewendet werden, um Freiwillige an der Abreise zu verhindern, welche die deutschen Dörfer und Städte gegen polnischen Imperialismus verteidigen sollen, so rufen die Unabhängigen in diesem Saale: Zehr auf! Es erübrigt sich, ein Wort dazu zu sagen. Diese Tatsache stelle ich vor dem ganzen Volke fest. (Stimmlicher Beifall. Dann bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)
Im Falle Liebknecht ist das gerichtliche Verfahren im Gange und jede sonstige Schuld wird nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden. Ich bedauere jedes Menschenleben, aber wenn ich vor die Wahl gestellt werde, ob mit